

## **Antrag**

**der Abgeordneten Danny Meiners, Stephan Protschka, Bernd Schattner, Peter Felser, Christian Reck, Julian Schmidt, Bernd Schuhmann, Steffen Janich, Stefan Schröder, Enrico Komning, Dario Seifert, Lars Schieske, Andreas Bleck, Dr. Michael Blos, Dr. Ingo Hahn, Karsten Hilse, Thomas Korell, Dr. Rainer Kraft, Manuel Krauthausen, Marcel Queckemeyer, Dr. Paul Schmidt, Alexander Arpaschi, Joachim Bloch, René Bochmann, Thomas Dietz, Boris Gamanov, Alexis L. Giersch, Mirco Hanker, Udo Theodor Hemmelgarn, Nicole Höchst, Dr. Malte Kaufmann, Rocco Kever, Kurt Kleinschmidt, Achim Köhler, Iris Nieland, Arne Raue, Dr. Rainer Rothfuß, Manfred Schiller, Dr. Paul Schmidt, Georg Schroeter, Thomas Stephan, Martina Uhr, Sven Wendorf, Dr. Daniel Zerbin, Jörg Zirwes, Ulrich von Zons und der Fraktion der AfD**

### **Waldbrandprävention und -bekämpfung in Deutschland stärken – Nationale Koordination verbessern und europäische Zusammenarbeit ausbauen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Waldbrandgefahr in Deutschland hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Wissenschaftliche Analysen und einsatzbezogene Auswertungen bestätigen, dass Vegetationsbrände in Deutschland zunehmend häufiger auftreten und Einsatzkräfte vor wachsende Herausforderungen gestellt werden. Waldbrände auf munitionsbelasteten Flächen, insbesondere auf militärischen Liegenschaften, stellen aufgrund der Explosionsgefahr und eingeschränkter Zugänglichkeit eine besondere Herausforderung für eine effektive Brandbekämpfung dar.

Aus der Kleinen Anfrage „Waldbrandbekämpfung in Deutschland“ (BT-Drs. 21/2129) und der Antwort der Bundesregierung (BT-Drs. 21/2367) ergibt sich, dass die Waldbrandbekämpfung in Deutschland weiterhin überwiegend föderal organisiert ist und maßgeblich in der Verantwortung der Länder und Kommunen liegt. Eine bundesweit einheitliche Strategie zur Waldbrandprävention und Waldbrandbekämpfung existiert bislang nicht.

Die Bundesregierung verweist in ihrer Antwort darauf, dass Ausstattung, Organisation und Einsatz der Feuerwehren sowie Maßnahmen der Gefahrenabwehr grundsätzlich Aufgaben der Länder und Kommunen sind (BT-Drs. 21/2367). Gleichzeitig zeigt die Antwort, dass bundesweit koordinierte Ansätze etwa bei Forschung, Risikoanalyse, Ausbildung, europäischer Zusammenarbeit und strategischer Planung eine wichtige Ergänzung der föderalen Strukturen darstellen können.

Darüber hinaus wird in der forstwissenschaftlichen Fachwelt seit Jahren darauf hingewiesen, dass Kenntnisse über Waldbrandentstehung, Vegetationsbranddynamik und spezielle Bekämpfungsmethoden in der forstlichen Ausbildung zunehmend an Bedeutung verlieren. Eigenständige Lehrveranstaltungen zur Waldbrandkunde oder Vegetationsbrandbekämpfung sind an vielen forstlichen Hochschulen und Fakultäten nicht mehr fester Bestandteil des Curriculums oder werden nur noch punktuell im Rahmen anderer Module behandelt.

Fachinstitutionen weisen jedoch darauf hin, dass die steigende Waldbrandgefahr eine stärkere wissenschaftliche Ausbildung und Forschung in diesem Bereich erforderlich macht. So betont das Global Fire Monitoring Center (GFMC) der Universität Freiburg die zunehmende Bedeutung von Ausbildung, Forschung und internationaler Zusammenarbeit im Bereich des Wildland Fire Managements.

Auch wissenschaftliche Analysen zur Vegetationsbrandbekämpfung zeigen, dass spezialisierte Kenntnisse über Brandverhalten, Vegetationsstruktur, Topographie und Einsatztechnik entscheidend für eine effektive Brandbekämpfung sind.

Auch in fachlichen Anhörungen des Deutschen Bundestages wurde darauf hingewiesen, dass steigende Vegetations- und Waldbrandrisiken neue Anforderungen an Prävention, Ausbildung, Forschung und Einsatzkonzepte stellen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. eine nationale Waldbrandstrategie vorzulegen, die Maßnahmen des Bundes zur Prävention, Früherkennung, Forschung, Ausbildung und internationalen Zusammenarbeit bündelt und die Koordination zwischen Bund, Ländern und europäischen Partnern verbessert;
2. die Koordinierungsfunktion des Bundes im Bevölkerungsschutz zu stärken, insbesondere durch Ausbau der Lagebild- und Koordinierungsfähigkeiten des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) für großflächige Vegetations- und Waldbrandlagen;
3. ein dauerhaftes Bundesförderprogramm für Waldbrandprävention aufzulegen, das Länder, Kommunen und Waldbesitzer beim Ausbau von Löschwasserinfrastruktur, bei präventiven Waldschutzmaßnahmen sowie bei der Verbesserung der Waldbrandfrüherkennung unterstützt;
4. Forschung und Entwicklung zur Waldbrandprävention und Vegetationsbrandbekämpfung auf Bundesebene zu intensivieren, insbesondere in den Bereichen satellitengestützte Früherkennung, Drohnentechnologie, Einsatztechnik, Vegetationsbrandtaktik und Brandverhalten;
5. die wissenschaftliche Ausbildung und Lehre im Bereich Waldbrandprävention und Vegetationsbrandbekämpfung an forstlichen Hochschulen und Fakultäten stärker zu fördern, insbesondere durch entsprechende Forschungsprogramme, Lehrkooperationen und Förderinitiativen des Bundes;
6. den bundesweiten Wissenstransfer sowie Aus- und Fortbildungsprogramme im Bereich Vegetationsbrandbekämpfung zu fördern, insbesondere durch fachliche Austauschplattformen, gemeinsame Übungen und Kooperationen zwischen Bundeseinrichtungen, Forschungseinrichtungen und Einsatzorganisationen;
7. die Unterstützungsmöglichkeiten der Bundeswehr im Rahmen der Amtshilfe bei Waldbrandlagen weiterzuentwickeln, insbesondere durch abgestimmte

- Einsatzkonzepte, regelmäßige Übungen und eine verbesserte Abstimmung mit zivilen Einsatzstrukturen;
8. ein bundesweites satellitengestütztes Monitoring- und Frühwarnsystem für Vegetations- und Waldbrände weiterzuentwickeln und in das Lagebild des Bundes im Bevölkerungsschutz zu integrieren;
  9. eine Strategie zur Waldbrandprävention auf munitionsbelasteten Flächen ehemaliger militärischer Nutzung zu entwickeln und entsprechende Präventionsmaßnahmen auf Bundesliegenschaften umzusetzen;
  10. die Zusammenarbeit Deutschlands im europäischen Katastrophenschutzmechanismus weiter auszubauen, insbesondere im Bereich der Waldbrandbekämpfung, der gemeinsamen Einsatzplanung sowie der Nutzung europäischer Ressourcen;
  11. die Entwicklung national verfügbarer Luftunterstützungskapazitäten zur Bekämpfung großflächiger Vegetations- und Waldbrände im Rahmen des Bevölkerungsschutzes und des europäischen Katastrophenschutzmechanismus zu prüfen;
  12. eine regelmäßige bundesweite Risikoanalyse zur Waldbrandgefahr vorzulegen, um Präventionsmaßnahmen, Ressourceneinsatz und Kooperation im Bevölkerungsschutz strategisch planen zu können, Forschung und Innovation im Bereich effizienter Düngetechnologien, Präzisionslandwirtschaft und Nährstoffrecycling auszubauen.

Berlin, den 19. Mai 2026

**Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion**

## **Begründung**

Die zunehmende Waldbrandgefahr stellt Deutschland vor neue Herausforderungen im Bevölkerungsschutz. Neben nationalen Maßnahmen gewinnt auch die europäische Zusammenarbeit an Bedeutung. In mehreren Mitgliedstaaten kam es in den vergangenen Jahren zu großflächigen Waldbränden mit erheblichen Schäden für Bevölkerung, Infrastruktur und Ökosysteme. Die Europäische Union hat deshalb ihre gemeinsame Katastrophenschutzarchitektur weiter ausgebaut und stellt zusätzliche Ressourcen für die Waldbrandbekämpfung bereit, darunter Einsatzkräfte sowie Löschflugzeuge und Hubschrauber im Rahmen des europäischen Katastrophenschutzmechanismus. Großbrände machen nicht an Staatsgrenzen halt und erfordern daher eine enge europäische Zusammenarbeit bei Prävention, Lagebeobachtung und Einsatzunterstützung. Vor diesem Hintergrund erscheint es erforderlich, die bestehenden nationalen Strukturen im Bereich der Waldbrandprävention und Waldbrandbekämpfung weiterzuentwickeln. Eine stärkere strategische Koordination auf Bundesebene kann dazu beitragen, bestehende föderale Strukturen zu ergänzen, Forschung und Ausbildung zu stärken, Wissenstransfer zu verbessern und Deutschland besser in europäische Katastrophenschutzmechanismen einzubinden. Der vorliegende Antrag verfolgt daher das Ziel, die Maßnahmen des Bundes im Bereich Waldbrandprävention, Forschung, Risikoanalyse, Ausbildung, Koordination und internationale Zusammenarbeit zu stärken und damit einen Beitrag zur langfristigen Verbesserung des Waldbrandschutzes in Deutschland zu leisten.